

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

2013 - Zeit zu kämpfen!

Das Jahr 2012 war geprägt von Streiks, Massenprotesten und Demonstrationen. Auch in Deutschland, das besonders von Ausbeutung und Unterdrückung profitiert, wächst der Unmut und nimmt die Unruhe zu. Das Maß ist voll, für 2013 gilt: Es ist Zeit zu kämpfen. Raus auf die Straße, rein in den Widerstand!

Milliarden für das Kapital

In 2012 gab es keine Ruhe. Das Kapital und seine Helfershelfer in der Politik waren weiter ungebremst auf Raubzug und haben erneut zig Milliarden umverteilt: Aus den Taschen der arbeitenden Menschen in die Tresore der Konzern- und Bank-Besitzer.

Zahlen mußten nicht nur die arbeitenden Menschen, sondern auch die Obdachlosen und SozialhilfeempfängerInnen, die RentnerInnen, die Kranken, die SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden.

Mit Minijobs, Teilzeitbeschäftigung und Zeitarbeit reichen die Einkommen längst nicht mehr zum Leben. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sanken in den letzten zehn Jahren um über 10 Prozent. Psychiatrische Erkrankungen und die Zahl der Selbstmorde steigen, immer mehr Menschen leiden unter Hartz IV und Sozialabbau.

Die Rüstungsindustrie hat volle Auftragsbücher. Deutschland exportiert Waffen in alle Welt und kämpft auch mit Soldaten an immer mehr Fronten. In Syrien und anderswo werden Kriege geschürt. Zugleich scheitert ein Klimagipfel nach dem anderen. Der Ausstieg aus der Atomenergie gerät trotz des Fukushima-Schocks ins Stocken. Das Kapital schert sich einen Dreck um Ökologie und Umwelt.

Unruhe und Proteste wachsen

Gegen all das entwickelt sich Widerstand in allen europäischen Ländern. Blockupy-Bewegung, „UmFair“-Teilen-Aktionen von Gewerkschaften und Sozialverbänden. Am 14. November erstmals der europaweite gewerkschaftliche Aktionstag mit Generalstreiks in Spanien, Italien, Portugal, Malta, Griechenland und Zypern. In Belgien standen alle Züge still. Und auch in Deutschland demonstrierten Zehntausende.

Ökologiezerstörende Projekte waren nur noch mit gigantischem Polizeierz durchzusetzen. Die Umweltbewegung formierte sich immer wieder neu gegen Atomkraft, Klimazerstörung und neuerdings auch Fracking.



Das Maß ist voll

Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen: 2013 wird ein Jahr des Kampfes. Das Maß ist voll, es ist Zeit zu kämpfen! Trennendes muß zurückgestellt werden, das Gemeinsame muß in den Vordergrund treten.

Es geht gegen Rüstung und imperialistische Kriege. Für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und gegen jegliche direkte und indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands. Gegen alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO und für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Es geht gegen die immer aggressiver auftretenden Faschisten und für die Auflösung und das Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Für die rückhaltlose Aufklärung der faschistischen NSU-Morde, gegen Rassismus, Antisemitismus, Antizyganismus, und Islamfeindlichkeit.

Es geht gegen den grassierenden Sozialabbau, gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und Armut, gegen den unerträglichen Zustand, in dem Gewinne privatisiert und Verluste vergesellschaftet werden.

Der Mensch geht vor Profit!

Immer mehr Betroffene fordern, das der Mensch vor dem Profit stehen muß und fragen nach einer Alternative. Das kann für uns letztlich nur eine sozialistische sein. Unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie diese einmal aussehen wird, sollen uns nicht daran hindern, mit allen fortschrittlichen Menschen gegen die, wie Marx sie nannte, alltäglichen Gewalttaten des Kapitals zu kämpfen.

Vor 80 Jahren

1933 - Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland

Auch heute wird oftmals noch so getan, als wäre das Naziregime 1933 vom Himmel gefallen und 1945 wieder von der Erde verschwunden. Dabei können wir alle wissen und auch nachlesen, daß die Übertragung der Macht an die Nazis von langer Hand durch die entscheidenden Kräfte des Großkapitals vorbereitet wurde.

Im November 1932 forderten Industrielle, Bankiers und Großagrarier von Reichspräsident Hindenburg, die Macht an Adolf Hitler zu übertragen. Am 4. Januar 1933 fand beim Bankier von Schröder eine Besprechung mit Adolf Hitler und Franz von Papen über die Bildung einer faschistischen Koalitionsregierung statt. Darauf erfolgte am 7. Januar 1933 ein Treffen führender Vertreter der Schwerindustrie mit Hitler, Heß und Göring.

Am 30. Januar 1933 beruft Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Damit waren die Nazis an der Macht. Schnell breitete sich der faschistische Terror aus. Im ganzen Reich kommt es zu großen nationalsozialistischen Aufmärschen.

In Flensburg demonstrieren am gleichen Abend sämtliche NS-Formationen, um den „Sieg“ ihrer Bewegung zu feiern. Der Umzug wird von Gruppen der Kommunisten und Antifaschisten angegriffen. Die Polizei greift für die Nazis in die Auseinandersetzungen ein. Es kommt zu ersten Verhaftungen von Kommunisten.

Am 31. Januar 1933 erfolgen in Flensburg Gegenaktionen. Kommunisten und antifaschistisches Einheitskomitee rufen zum Generalstreik gegen die Machtübertragung an die Nazis auf. Es kommt zu einer Massenprotestveranstaltung im Gewerkschaftshaus. Die KPD fordert die SPD auf, eine gemeinsame Front gegen Faschismus und Kapitalismus zu bilden. Die SPD sieht sich dazu aber ohne die Zustimmung der Parteileitung in Berlin nicht in der

Lage. Nur die SAP ist zu einem Bündnis bereit. Vom Gewerkschaftshaus erfolgt eine große Demonstration durch die Innenstadt zum Südermarkt.

Bereits am 1. Februar 1933 erfolgt in Flensburg ein Demonstrationsverbot für die KPD und Haussuchungen in den KPD-Büros, die anschließend geschlossen werden. Ab 7. Februar 1933 kommt es zu weiteren Verhaftungen von Kommunisten.

Am 8. Februar demonstrieren auf Initiative der SPD noch einmal 3500 Menschen in Flensburg, darunter auch viele Kommunisten, und führen die letzte große antifaschistische Manifestation im Garten des Gewerkschaftshauses durch.

den. Es kommt zu einer Verhaftungswelle bisher unbekannten Ausmaßes. Bis Ende April 1933 sind in Flensburg über 100 Kommunisten und Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen und in sogenannte „wilde“ Konzentrationslager eingeliefert worden.

Die erste großangelegte Terrormaßnahme gegen Juden fand am 1. April 1933 statt. Es war der Tag des reichsweiten Boykotts von Geschäften jüdischer Inhaber. Die Flensburger NSDAP erhielt am 28. März 1933 die Anordnung: „In jeder Ortsgruppe und Organisationsleitung sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte...“ Die „Flensburger Nachrichten“ veröffentlichten am 31. März 1933 einen Boykottaufruf des Aktionsausschusses zur Durchführung der Boykottbewegung der NSDAP-Flensburg. Darin wurden alle „nationalen Kreise“ gewarnt, in Geschäften zu kaufen, die Juden gehörten. „Wer es trotzdem tut, ist geächtet und ein Lump und Verräter am Deutschen Volk... Deutschland den Deutschen!“ Im Aufruf war eine Auflistung der Geschäfte enthalten, von denen die Nazis meinten, daß sie jüdischen Inhabern gehörte. Betroffen waren Geschäfte auf dem Holm, in der großen Straße und in der Norderstraße.

Der 1. Mai 1933 wird als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Feiertag mit allgemeiner Arbeitsruhe erklärt. Während sich der ADGB mehrheitlich für eine Beteiligung an den faschistischen Massenaufmärschen ausspricht, bleiben auch in Flensburg viele Gewerkschafter diesem Mai-Umzug fern. Anpassungsversuche dieser Art nutzen jedoch den Gewerkschaften nichts.

Am 2. Mai 1933 folgte die endgültige Zerschlagung aller freigewerkschaftlichen Organisationen. Wie überall im Reich besetzte auch in Flensburg die SA das Gewerkschaftshaus. Der ADGB-Ortsausschuß und seine Mitgliederverbände wurden aufgelöst und führende Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet. An ihrer Stelle wurden Vertreter der Nazi-Betriebszellen eingesetzt und die Gewerkschaften mitsamt ihres Vermögens der DAF (Deutsche Arbeitsfront) angegliedert.

Am 27. Februar 1933 brennt der Reichstag. Dafür werden von den Nazis die Kommunisten verantwortlich gemacht. Daraufhin erfolgt am 28. Februar die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ d.h. Einschränkung von Grundrechten (persönliche Freiheit, freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Vereins- u. Versammlungsrecht, Post- u. Fernmeldegeheimnis) um gegen die Kommunisten vorgehen zu können und damit auch gegen alle anderen politischen Gegner.

50.000 SA- und SS-Männer im Reich werden als Hilfspolizisten eingestellt, die auch in Flensburg vor allem bei der Verfolgung der KPD eingesetzt wer-

Generalstreik
GEGEN
Hitlerdiktatur!!

Klassengenossen!

Der offene Hitlerfaschismus ist mit Hindenburg und Schleichers Hilfe an das Ruder gekommen. Jetzt ist die Zeit des Redens vorbei! durch eine Tat müssen jetzt die Werktätigen beweisen, dass sie Gegner des mörderischen Faschismus sind, der schon in einer ganzen Reihe Länder die Arbeiterschaft blutig niedergeschlagen hat.

Betriebsarbeiter! Jetzt! muss gekämpft werden! Generalstreik ist die einzige Antwort! Nicht mehr warten! denkt an Zeit des Kappputsches, da die Putschisten die entschlossene Abwehr der gesamten Arbeiterschaft zum Teufel gejagt wurden! Wartet nicht mehr auf die Parolen der S.P.D. und Gewerkschaftsführung dazu ist keine Zeit!

Wählt Hindenburg, so schlägt Ihr Hitler "so rief diese Führung noch vor kurzer Zeit den Werktätigen. Hindenburg war es, der jetzt Hitler zum Reichskanzler berief. Falsche Parolen und Ratschläge wie "Ruhe bewahren" und "Abwarten" sind Verbrechen an der Arbeiterschaft! Klassengenossen!

Heraus zum Angriff gegen Hitler, Papen - Hindenburg!
Her zur kämpfenden Einheitsfront. Alles heraus ganz gleich welcher Partei ihr gehört! zur Massenprotestkundgebung heute morgen 10 Uhr im Gewerkschaftshaus!

Rev. Betriebsräte und Vertriebensleute,
Antifaschistisches Einheitskomitee
Erwerbslosenausschuß...

Am 10. Mai 1933 erfolgen in vielen deutschen Städten unter der Losung „Wider den undeutschen Geist“ die faschistischen Bücherverbrennungen. „Schwarze Listen“ über verbotene und „unerwünschte Literatur“ werden angelegt. Nach der Machtübernahme forderten viele Nazis, daß nach der politischen Revolution nun auch eine „seelisch-geistige Revolution“ folgen müsse. Vorbereitet durch den Anfang Mai 1933 in Flensburg gegründeten „Kampfbund für deutsche Kultur“ fand am 30. Mai 1933 auf der Exe in Flensburg eine Bücherverbrennung statt. Wie die „Flensburger Nachrichten“ unter der Schlagzeile „Fegefeuer undeutscher Literatur“ am 31. Mai 1933 berichteten, wurden Transparente, Fahnen und „Zersetzungsmaterial der marxistischen und kommunistischen Richtung“ sowie „undeutsche Literatur jüdischer und staatsfeindlicher Schriftsteller zu einem Scheiterhaufen aufgeworfen und verbrannt. In den Flammen gingen u.a. die Werke von Karl Marx, Sigmund Freud, Kurt Tucholsky, Erich Maria Remarque und Heinrich

Mann auf. Diese von den „Flensburger Nachrichten“ gepriesene „Reinigungs-Aktion“ dauerte insgesamt über drei Stunden und schloß mit einem „Hoch“ auf den Führer Adolf Hitler und dem gemeinsamen Absingen des Horst-Wessel-Liedes.

Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verboten, mit der Begründung, „daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt“. In Flensburg erging es den Sozialdemokraten wie zuvor den Kommunisten. Funktionäre der SPD wurden durch ständige Haussuchungen terrorisiert, zusammengeschlagen und in Schutzhaft genommen.

Nach den Terrormaßnahmen gegen die KPD, der Zerschlagung der Gewerkschaften und dem Verbot der SPD erfolgte bis zum 5. Juni die Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien. Am 6. Juni 1933 erklärt Adolf Hitler „die nationalsozialistische Revo-

lution“ für beendet. Mit dem am 14. Juni 1933 beschlossenen „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ besteht in Deutschland als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Innerhalb von wenigen Monaten wurde die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik zerstört. Es gelang den von Kreisen des Großkapitals unterstützten, geförderten und an die Macht gebrachten Hitlerfaschisten bereits innerhalb eines Jahres, durch Terror und Massenpropaganda die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen und alle demokratischen Kräfte zu unterdrücken. Es wurden innerhalb eines Jahres alle entscheidenden Weichen gestellt zur faschistischen Gleichschaltung des gesellschaftlichen Lebens, zur Unterdrückung der Antifaschisten, zur Unterwerfung des Kulturlebens, zur Ausmerzung von jüdischen und anderen „fremdrassigen“ Minderheiten und zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges.

KPD-Verbotsurteil und Demokratie unvereinbar

Petition an den nächsten Bundestag

Die Initiativgruppe für die Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges (IROKK) mit Sitz in Essen, legt zehn Monate vor der Bundestagswahl eine Erklärung „KPD-Verbotsurteil von 1956 aufheben“ vor (s. Kasten). Dem 18. Deutschen Bundestag soll die Erklärung mit möglichst vielen Unterschriften sofort nach Konstituierung als Petition vorgelegt werden. Die Initiatoren, darunter Prof. Erich Buchholz, Berlin; Sevim Dagdelen MdB

„Die Linke“, Duisburg; Gerd Deumlich, Essen; Prof. Georg Fülberth, Marburg; Prof. Nina Hager, stellv. DKP-Vorsitzende, Berlin, und Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, Dortmund, wollen daran erinnern, dass eine Demokratie und die Illegalisierung von Kommunistinnen und Kommunisten nicht zusammenpassen. Kein anderes Land der EU kennt ein derartiges Urteil. Auch wenn es die Deutsche Kommunistische Partei

(DKP) gibt, ändert dies nichts an dem zwingenden Gebot, „das unsägliche Urteil aus dem Jahr 1956 aufzuheben, mit dem Adenauer die Partei verbieten ließ, die große Beiträge im Kampf gegen den Faschismus erbrachte und unvergessene Beiträge im Ringen gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands leistete, wofür zahlreiche ihrer Mitglieder mit Gefängnisstrafen belegt wurden.“

KPD-Verbotsurteil von 1956 aufheben

An den 18. Deutschen Bundestag

Am 17. August 1956 hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Dem ging ein Antrag der Bundesregierung voraus, der bereits Ende des Jahres 1951 gestellt worden war. Bereits zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik - in deren 1. Bundestag auch Abgeordnete der KPD vertreten waren - hielt es die Adenauer-Regierung offenbar für notwendig, die angebliche Verfassungswidrigkeit der KPD feststellen zu lassen, und das wenige Jahre nach der Niederlage des Faschismus, gegen den die KommunistInnen im Widerstand die größten Opfer gebracht hatten. Das Gericht folgte dem Antrag der Bundesregierung, löste zugleich die KPD auf und verbot die Schaffung von Ersatzorganisationen.

In der Folgezeit setzte eine rigorose Verfolgung von Mitgliedern der Partei und anderer oppositioneller linker Kräfte - Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Liberale, Christen und Parteilose - ein, die wegen ihres Engagements und ihrer politischen Überzeugung kriminalisiert wurden.

Der Tenor des Urteils entsprach dem Zeitgeist des Kalten Krieges und der Tatsache, dass das Feindbild des Antikommunismus nahtlos aus der Zeit des Faschismus übernommen wurde. Hinzu kam der Einfluss der USA auf die junge Bundesrepublik, als die Kommunistenverfolgung in der Mc Carthy-Ära ihrem Höhepunkt zustrebte.

Namhafte Persönlichkeiten wandten sich bereits kurze Zeit nach Verkündung des Urteils gegen das ausgesprochene Verbot. Dies nicht nur, weil bereits 1933 schon einmal die Partei verboten war, sondern weil erwartet werden konnte, dass der junge Staat Bundesrepublik, der sich in seinem Grundgesetz uneingeschränkt zur Demokratie bekannte, auch die Existenz einer Kommunistischen Partei nicht nur toleriert, sondern sie an dem demokratischen Meinungsbildungsprozess teilhaben lässt. Auch wenn seit dem Jahre 1968 die Deutsche Kommunistische Partei existiert, ändert dies nichts an dem zwingenden Gebot, das unsägliche Urteil aus dem Jahr 1956 aufzuheben.

Wir fordern deshalb die Aufhebung des KPD-Verbots und unterstützen jegliche demokratischen Aktivitäten zur Erreichung dieses Ziels.

Durch den "Rundfunkbeitrag" zu einer neuen Volkszählung

Ab 1. Januar 2013 wird statt der "GEZ-Gebühr" nun für jeden Haushalt ein "Rundfunkbeitrag" fällig. Jeder, der Eigentümer oder Mieter einer Wohnung ist, muss diesen Beitrag zahlen. Der Regelbetrag von 17,98 Euro im Monat entspricht der Höhe der bisherigen Rundfunkgebühr für Haushalte mit einem Fernseh- und Radiogerät oder PC, hängt nun aber nicht mehr davon ab, ob und wie viele Radio- und Fernsehgeräte in einer Wohnung oder Arbeitsstätte stehen oder wie viele private Autoradios ein Haushalt betreibt. Auch wer kein Fernsehgerät, sondern nur ein Radio oder einen PC besitzt, zahlt statt bisher 5,76 jetzt 17,98 Euro.

Mit den Slogans "Einfach. Für alle." und "Eine Wohnung, ein Beitrag" werben ARD, ZDF und Deutschlandradio für die neue Zwangsabgabe - klingt einfach, unproblematisch und soll angeblich obendrein vor den unliebsamen "GEZ-Besuchern" schützen. Bei genauerem Hinsehen hat diese Gebühr allerdings einige Pferdefüße.

Da ist zunächst einmal der Umstand, dass die GEZ (die nun "Beitragsservice" heißt) pauschal die volle Gebühr von allen Haushalten einfordert. Von der Gebühr befreit bleiben lediglich Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung sowie Bafög-Empfänger – sofern sie dies per Antrag mit entsprechenden Bescheiden nachweisen. Die 800.000 Menschen, die bislang aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls befreit waren, sollen nun auch ein Drittel der Gebühr (also 6 Euro pro Monat) zahlen. "Menschen mit Behinderung beteiligen sich ab 2013 mit einem ermäßigten Beitrag an der Rundfunkfinanzierung" heißt es dazu auf der Internetseite des "Beitragsservice" im Behörden-Neusprech-Vokabular. Wer keinen Fernseher, aber ein Radio oder einen PC besitzt, zahlte bisher einen geringeren Betrag von 5,76 Euro. In Zukunft müssen diese nun ebenfalls den vollen Betrag zahlen, unabhängig ob tatsächlich ein Fernseher vorhanden ist.

Am problematischsten ist die Tatsache, dass mit der Umstellung auf einen allgemeinen "Rundfunkbeitrag" quasi eine neue Volkszählung durchgeführt wird. So monieren Datenschützer, dass im Grunde genommen ein zweites Melderegister geschaffen wird, was gegen den Datenschutz verstoße. So wird der "Beitragsservice" zum Upgrade der bisher vorhandenen

GEZ-Daten in den kommenden Monaten "69 Millionen Datensätze der Einwohnermeldeämter abgleichen und 23 Millionen Briefe verschicken. In 1,5 Millionen Fällen seien bestehende 'Mehrfachgebührenverhältnisse' zu klären, 2,3 Millionen Mal gehe es um Gebührenzahler, die bislang allein für Radio oder PC die Drittelgebühr zahlten." (FAZ 18.12.12). Stichtag für diese Aktion ist der 3. März 2013. Nach dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag gilt die Vermutung: Wer an einer Adresse gemeldet ist, wohnt dort auch und muss den Rundfunkbeitrag zahlen. Wer an zwei Adressen gemeldet ist, zahlt grundsätzlich auch zweimal den vollen Beitrag. Kann der Inhaber der Wohnung nicht festgestellt werden, darf die Landesrundfunkanstalt beim Eigentümer, also beim Vermieter oder Verwalter der Immobilie nachfragen, wer in der Wohnung lebt. Wer also glaubt, die "GEZ-Fahnder" hätten ausgespioniert, sieht sich getäuscht. Nicht von ungefähr wurden für diese Aufgabe 400 neue Mitarbeiter für den Bereich des "Abgleiches" eingestellt. Deren Aufgabe ist es, künftig noch tiefer in unsere Privatsphäre einzudringen. Wenn sie mit den Daten der Meldebehörden unzufrieden sind, sollen sie ausspionieren, wer mit wem wohnt, welche Haushalte wie zahlen müssen oder klären, ob Wohngemeinschaften tatsächlich Wohngemeinschaften sind.

Bürokratisch kompliziert wird es auch dann, wenn ein Gebührenzahler es wagt, sich abzumelden – etwa weil er umzieht, sein Gewerbe aufgibt oder mit jemanden zusammenzieht oder, oder, oder. Dann braucht er aber quasi ein „Attest“, den der "Beitragsservice" „begründeter Lebenssachverhalt“ nennt. Schließlich könnte es ja sein, dass sich der einstige Zahler vor der Gebühr drücken will. Neben diesem Meldedatenabgleich entsteht zusätzlich bei dem "Beitragsservice" ein zentrales Register aller Unternehmen mit Mitarbeiterzahl und Zahl der Kraftfahrzeuge, da sich die Gebühr auch nach der Mitarbeitergröße der Betriebe und der Anzahl der Fahrzeuge richtet.

Neben den Bedenken und Klagen der Datenschützer sind darüber hinaus Verfassungsklagen dahingehend anhängig, dass es sich bei dem "Rundfunkbeitrag" wegen seines umfassenden Geltungsbereichs gar nicht um eine "Gebühr" sondern um eine verkappte "Steuer" handelt, die die Bundesländer gar nicht per Staatsvertrag hätten beschließen dürfen, sondern

dass dafür der Bundestag zuständig gewesen wäre.

So deutet also manches darauf hin - und dies ist zu hoffen -, dass die Diskussion um den "Rundfunkbeitrag" nun doch auch noch das Licht der Öffentlichkeit erblickt und insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wahrung "des informellen Selbstbestimmungsrechts" Datenschützer und Demokraten mobilisieren.

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

**Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!**

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungsstraße 18
45127 Essen

TERMINE

Mitgliederversammlung

z Donnerstag, 14. Febr., 19 Uhr
z Donnerstag, 14. März, 19 Uhr
z Donnerstag, 18. April, 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim ASTA der UNIVERSITÄT
OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAUFERMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden
auf das Konto 38551208 bei der
Postbank Hamburg, (BLZ 20010020),